



Proviand für vier Wochen

Kernkraft Die Stadt Aachen fühlt sich durch einen störanfälligen Atomreaktor in Belgien bedroht. Hilfsangebote des RWE-Konzerns lehnte man dort ab.

Es ist kurz vor 20 Uhr, als ein Lehrer in der Aula Carolina der Stadt Aachen das Wort ergreift. Die Katastrophenübungen gegen die drohende atomare Verseuchung, die geplante Ausgabe von Jodtabletten an Kindergärten und Schulen, all das halte er für wichtige Maßnahmen. Allerdings reichten sie nicht aus.

Dann holt der Mann eine Atemschutzmaske, Handschuhe und einen Plastikanzug aus der Tasche. Diese einfache Schutzkleidung gegen radioaktiven Staub sei für etwa zehn Euro zu haben. Damit müssten die rund 50 000 Kinder im Stadtgebiet ausgestattet werden. Rund eine halbe Million Euro würde das kosten. Das müsse die Sicherheit der Kinder doch wert sein.

Die Menschen in der Halle applaudieren. Aachens Oberbürgermeister Marcel Philipp nimmt die Vorlage dankend auf. „Ja, bei der Sicherheit darf es keine Tabus geben“, beschwört er die Gäste. Deshalb habe man vor einigen Wochen den Ernstfall einer nuklearen Verseuchung durchgespielt, deshalb habe man Jodtabletten gegen Strahlenerkrankungen deponiert, und deshalb müsse man auch den Vorschlag mit der Schutzkleidung ernsthaft prüfen.

Wieder brandet Beifall auf. Aachen, die beschauliche 250 000-Einwohner-Stadt an der Grenze zu Belgien, befindet sich im Ausnahmezustand – seit Wochen. Verängstigte Bürger und aufgebrachte Politiker führen hier einen Abwehrkampf gegen



Kraftwerk Tihange: Tausende kleine Risse

eine drohende atomare Verstrahlung aus dem Nachbarland.

Das Objekt, das die Gemüter bewegt, steht rund 65 Kilometer hinter der Grenze, nahe der Provinzhauptstadt Lüttich. Es ist das Atomkraftwerk Tihange, ein unscheinbarer Kasten mit drei Druckwasserreaktoren. Gebaut wurde das Kraftwerk Ende der Sechzigerjahre. Seit 1975 ist der erste Block in Betrieb – und das ist das Problem.

Der Reaktor ist alt, die Sicherheitssysteme sind überholt, immer wieder kam es zu teils erheblichen Störfällen. Und so war die Hoffnung groß, als ein Reaktor trotz einer zuvor von der belgischen Regierung erteilten Laufzeitverlängerung im März 2014 wieder vom Netz genommen wurde.

Schon 2012 hatten die Sicherheitsbehörden bei einer Überprüfung des Kraftwerks in Lüttich und bei einem baugleichen Reaktor in der Nähe von Antwerpen Tausende Haarrisse im Reaktordruckbehälter entdeckt. Die Hülle, die Brennstäbe und gefährliche radioaktive Strahlung von der Umwelt trennt, schien nach erster Begutachtung zunächst für einen Weiterbetrieb geeignet. Zwei Jahre später tauchten weitere Probleme auf. Der Reaktor musste wieder vom Netz. Ein erneutes Anfahren hätte sich kaum jemand vorstellen können.

Doch für Belgien war der Ausfall der beiden Atomkraftwerke ein wirtschaftliches Desaster. Das Land ist zu gut 50 Prozent von Atomstrom abhängig. Es drohten Blackouts. Die Regierung reagierte mit Notfallplänen. Ganze Gemeinden sollten nach einem festgelegten Schema bei Stromengpässen für Stunden oder Tage vom Netz gekappt werden.

Umso erstaunlicher, dass die Belgier damals konkrete Hilfsangebote ausschlugen. Der nordrhein-westfälische Stromprimus RWE etwa hatte angeboten, ein nicht ausgelastetes Großkraftwerk nahe der Grenze zur Verfügung zu stellen. „Dazu“, erinnert sich ein RWE-Sprecher, „hätten wir nur ein paar Kilometer Hochspannungsleitung verlegen müssen.“ Doch die Belgier winkten ab.

Den Grund dafür glaubt man in Aachen zu kennen: Die Belgier hätten von Anfang an geplant, die abgeschriebenen Meiler

wieder in Betrieb zu nehmen. Alternativen hätten bei diesem Vorhaben nur gestört.

Tatsächlich setzten die Aufsichtsbehörden gemeinsam mit dem Betreiber Electrabel eine internationale Expertenkommission ein. Beide Kraftwerke, sagt Electrabel, wurden monatelang mit neuesten wissenschaftlichen Verfahren geprüft, und zwar ohne vorherige Festlegung. Das Ergebnis: Vom Reaktor gehe keinerlei Gefahr aus.

Und so ging der Reaktorblock mit Erlaubnis der Sicherheitsbehörden und nach angeblich gründlicher Überarbeitung am 14. Dezember 2015 wieder ans Netz. Vier Tage später brannte auf dem Gelände ein Trafo ab. Die Stromproduktion wurde erneut bis Weihnachten unterbrochen.

Seit diesem letzten Störfall gibt es diesseits der Grenze kein Halten mehr. Politiker jedweder Couleur äußerten ihre Bestürzung über den Zustand des Reaktors. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) reiste vor zwei Wochen sogar persönlich nach Brüssel, um die belgische Regierung zur Abschaltung der Meiler zu bewegen – ohne Erfolg.

In Aachen und Umgebung rüsten Politik und Umweltverbände deshalb weiter auf. Geplant sind Mahnwachen, Protestmärsche und Infoveranstaltungen. Mithilfe Tausender Flugblätter fordern die internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs die Bevölkerung auf, Proviand und Getränke für vier Wochen zu bunkern und Atemschutzgeräte zu kaufen.

Die Stadt geht gemeinsam mit anderen Kommunen auch juristisch gegen Tihange vor. Außerdem sollen in den nächsten Wochen Jodtabletten verteilt und neue Katastrophenschutzsirenen installiert werden.

Nicht nur für zahlreiche Belgier grenzt das inzwischen an Hysterie. Atomkraftbefürworter wie der Nuklearwissenschaftler Hans-Josef Allelein warnen eindringlich davor, „ein gefährliches Spiel mit der Angst der Bevölkerung zu betreiben“.

Aachens OB Philipp und seine Mitstreiter lässt das unbeeindruckt. „Wir schüren keine Angst, die Menschen haben Angst“, sagt er. „Das wird sich erst ändern, wenn der Pannereaktor abgeschaltet ist.“

Frank Dohmen

